

Herzog warnt Bundesregierung

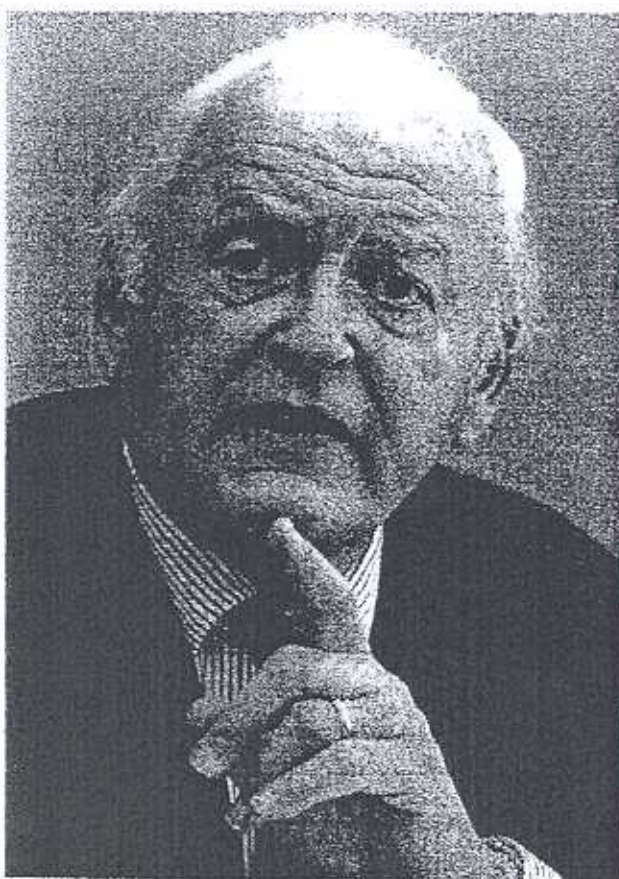
Alt-Bundespräsident Roman Herzog hat Bund und Länder ermahnt, sich beim geplanten Ausbau der Kinderbetreuung an die Verfassung zu halten. Im Gespräch mit unserer Zeitung warnte Herzog vor einer „Verwischung der Verantwortlichkeiten“.

VON GREGOR MAYNITZ

BERLIN Herzog reagierte damit auf den gerade gefassten Beschluss der Bundesregierung, für den Ausbau der Krippenplätze ein Sondervermögen in Höhe von 2,15 Milliarden Euro zu schaffen. In dem Entwurf des „Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes“ (KBFG), der jetzt in die parlamentarische Beratung ging, ist außerdem vorgesehen, dass der Bund den Ländern weitere 1,85 Milliarden als „Betriebskostenbeteiligung“ überweist und ab 2014 jährlich weitere 770 Millionen zahlt. Aber: Für die Kinderbetreuung ist der Bund gar nicht zuständig. Das ist Sache der Länder.

Deshalb erinnerte Herzog an die vergangenes Jahr mit großen Worten verabschiedete Föderalismusreform. Schon zwei Mal hat Herzog-Nachfolger Horst Köhler Bundesgesetzen die Unterschrift verweigert, weil diese nach seiner Überzeugung gegen die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern verstießen. Droht nun auch die Krippenfinanzierung daran zu scheitern?

Herzog wandte sich massiv gegen die Darstellung der Regierung bei der Krippenfinanzierung zo-



Alt-Bundespräsident Roman Herzog (73)

FOTO: PHOTOTHEK NET

gen Bund und Länder im Interesse der Bürger an einem Strang. Herzog: „Sie sollen sich an die Verfassung halten. Der ‚eine Strang‘ ist eine Beschönigung dessen, was man bisher als Mischfinanzierung bezeichnet hat. Die führt nur zur Verwischung der Verantwortlichkeiten.“ Schon zuvor hatte ein Regierungssprecher Hinweise auf die Zuständigkeitsverteilung als „pu-

ristische Auslegung“ der Verfassung bewertet. Dazu Herzog: „Wir alle haben ein Recht darauf, dass sich die politischen Organe an den Wortlaut der Verfassung halten. An was denn sonst? Purismus ist keine Kategorie der Verfassung und schon gar nicht der Politik.“

Wiewohl das Thema Föderalismusreform bei Politik und Bürgern wenig populär ist, warb Her-

INFO

Herzogs Konventkreis

Roman Herzog, Bundespräsident von 1994 bis 1999 und Verfassungsgerichtspräsident von 1987 bis 1994, steht an der Spitze des **Konvents für Deutschland**, dem sich namhafte Politiker und Unternehmer angeschlossen haben. Der Konvent appelliert an die große Koalition, die Finanzbeziehungen jetzt neu zu regeln, weil sonst auch die Föderalismusreform nachträglich scheitern würde.

zog nachdrücklich für mehr Anstrengungen auf diesem Gebiet. „Es geht um eine Form der Gewaltenteilung, die wir dringend brauchen, weil sie im Verhältnis zwischen Regierung und Parlament nicht mehr funktioniert.“ Unsere Gesellschaft werde immer komplizierter, beweglicher und in sich differenzierter. „Da braucht man möglichst viel Verantwortung bei den kleineren Einheiten“, unterstrich Herzog.

Was bedeutet das für den Bürger, wie ist er betroffen? Herzogs Antwort: „Dem Bürger geht die Chance auf Lösung seiner Probleme verloren, wenn alles von einer Zentrale geregelt wird. Dazu ist unser Leben zu vielgestaltig.“

Ab morgen gehen Bundes- und Ländervertreter in Klausur, um die Föderalismusreform II (Finanzbeziehungen) auf den Weg zu bringen. Herzog hob im Gespräch mit unserer Zeitung die besondere Bedeutung dieser nächsten Stufe der Föderalismusreform hervor: „Wenn Zuständigkeiten nach unten wandern, muss das Geld der Zuständigkeit folgen. Sonst kann man gleich zugeben, dass bestimmte Staatsaufgaben nicht mehr erfüllt werden sollen.“